



Michael Kißener

Das Ende der Vorbilder? Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus in der Diskussion

Festvortrag von Prof. Dr. Michael Kißener am 19. Juli 2010 in der St. Matthäus-Kirche, Berlin

Sehr geehrte Damen und Herren,

wer die wissenschaftliche Diskussion über den Widerstand gegen den Nationalsozialismus in den vergangenen Jahren verfolgt hat, dem müssen eigentlich Zweifel über die Berechtigung von Veranstaltungen wie dieser heute Abend oder wie morgen im Bendlerblock kommen. Ganz anders als die Hollywood-Inszenierung „Operation Walküre“ beschreiben immer weniger Historiker die Widerstandskämpfer vom 20. Juli 1944 als „strahlende Helden“ im Kampf gegen den Diktator, sondern vielmehr als gebrochene Charaktere, widersprüchlich in ihrem Denken und Handeln, ja zum Teil sogar zutiefst in Hitlers verbrecherische Kriegführung im Osten verstrickt. Nicht nur der 20. Juli, auch andere Widerstandsgruppen werden zunehmend skeptisch beurteilt: Die katholische Kirche und der bekennende Zweig der evangelischen Kirche etwa, die nach 1945 neben der politischen Linken zu den ganz wenigen gesellschaftlichen Großgruppen zählten, denen allgemein zugebilligt worden war, sich den Zumutungen des NS-Regimes tapfer widersetzt zu haben, werden in manchen Gesamtdarstellungen und Bibliographien zum Nationalsozialismus schon gar nicht mehr unter dem Stichwort „Widerstand“ geführt. Nicht einmal die studentische Widerstandsgruppe „Weiße Rose“, deren Tun über Jahrzehnte fast gar nicht umstritten war und vielen gleichsam als „Widerstand in Reinkultur“ galt, hat sich der jüngsten Kritik entziehen können. Neuerdings wird auf Anpassungstendenzen und vielfältige Unzulänglichkeiten in der Gruppe hingewiesen, der „Widerstand“ der „Weißen Rose“ stark relativiert.

Haben die Vorbilder des Widerstands, aus denen die neue staatliche Ordnung der Bundesrepublik nach 1945 ihre Legitimation zog, deren Geschichte sich zu widmen bislang eigentlich gar keiner Begründung bedurfte, also nach 65 Jahren ausgedient? Ist es – mehr noch – vielleicht auch kein Zufall, dass wir diese Entwicklung jetzt beobachten können, jetzt, da der Verlust der Zeitzeugen immer deutlicher spürbar wird und so engagierte Mahner wie Anneliese Knoop-Graf oder Freya von Moltke – ich nenne sie stellvertretend für viele andere – nicht mehr unter uns sind?

Es lohnt, wie ich meine, darüber in einer Zeit nachzudenken, die meinem Eindruck nach immer deutlicher Züge einer Zäsur in der Erinnerung an den deutschen Widerstand trägt. Wie von einem Historiker nicht anders zu erwarten, will ich dazu zurückblicken auf diese Erinnerung, sodann die aktuellen Fragen beleuchten und schließlich zum Dritten darüber nachdenken, worin der Kern der Erinnerung an den Widerstand eigentlich liegt. Dass ich das hier und heute Abend am Beispiel des 20. Juli 1944 ausführe, versteht sich, denke ich, von selbst.

I.

Zunächst gilt es zu betonen: Die Kritik am deutschen Widerstand gegen den Nationalsozialismus und insbesondere am Attentat vom 20. Juli 1944 ist alles andere als neu, sie ist praktisch so alt wie das Phänomen selbst. Bereits unmittelbar nach dem gescheiterten Attentat äußerte einer seiner wichtigsten Initiatoren, Generalmajor Henning von Tresckow, gegenüber seinem Ordonnanzoffizier bei der 2. Armee, Oberleutnant Fabian von Schlabrendorff: „Jetzt wird die ganze Welt über uns herfallen und uns beschimpfen“. Sicher dachte Tresckow damals an das Ausland, an die nationalsozialistische Staatsführung, vielleicht auch an die durch die Goebbels-Propaganda verhetzte deutsche Öffentlichkeit. Und er sollte Recht behalten. Gerade in der deutschen Öffentlichkeit ist den ersten Umfragen des Allensbacher Meinungsforschungsinstituts zufolge in der Tat noch bis weit in die 1950er Jahre hinein in einem beachtlichen Ausmaß die Auffassung vertreten worden, jenes Attentat sei ein schändliches Verbrechen in der größten Kriegsnot des deutschen Volkes gewesen, es sei gar mitschuldig am Verlust des Krieges. Auch in den Staaten der siegreichen „Anti-Hitler-Koalition“ vermochte man nicht, Motive und Zielsetzungen dieses wohl deutlichsten Zeugnisses gegen Hitler und die Diktatur zu begreifen und zu würdigen. Am 2. August 1944 sprach Winston Churchill im britischen Unterhaus davon, in Deutschland würden sich „die höchsten Persönlichkeiten nun gegenseitig ermorden“, doch werde das den Siegeszug der Alliierten nicht aufhalten.

Tresckow hatte Recht. Es dauerte nicht lange, und viele Berufene wie Unberufene fielen über diese Tat her: Das Attentat sei unehrenhaft und gegen den Soldateneid gewesen, argumentierten viele ehemalige Soldaten, vielleicht auch, um sich selbst von dem empfundenen Vorwurf der Untätigkeit zu entlasten. Es sei viel zu spät gekommen und gar dilettantisch ausgeführt, war an den Stammtischen in den 1950er Jahren zu hören, vor allem sei es unglaublich gewesen, im Juli 1944, als sich doch der Verlust des Krieges so klar abgezeichnet habe. Sollten das die neuen Vorbilder für ein demokratisches Deutschland sein? Bis heute wird dieser Einwand erhoben und dabei übersehen, wie zahlreich die Versuche praktisch seit 1938 gewesen sind, Hitler als das Grundübel zu beseitigen, Versuche, die zum Teil weit gediehen sind und doch immer wieder scheiterten. Von einer Handlungsbereitschaft erst im Untergang des Reiches kann bei den Verschwörern des 20. Juli also keine Rede sein. Und zynisch wirken die Einwände ohnehin, bedenkt man, wie vielen Millionen Menschen ein geglücktes Attentat und die Beendigung der Kampfhandlungen noch 1944 das Leben gerettet hätte.

Was aber wäre wohl gewesen, wenn die Attentäter diesen Erfolg gehabt hätten, fragte dann seit den 1960er Jahren eine jüngere Historikergeneration und fand schnell heraus, dass die Verschwörer keineswegs so etwas wie das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland im Kopf hatten, als sie darüber nachdachten, was nach Hitler kommen sollte. Taugten solche Männer, die sich an scheinbar rückwärtsgewandten ständestaatlichen Modellen orientierten, wirklich als Vorbilder für die demokratische Gesellschaft der Bundesrepublik? Der Einwand ist, wie wir heute wissen, berechtigt, aber auch ungenau. Es gab Vordenker eines neuen Deutschland, wie etwa den Kreisauer Kreis, die nicht das Grundgesetz, wohl aber seine moralischen Grundprinzipien bedacht haben. Andere wiederum orientierten sich, wer wollte es ihnen verdenken, am Scheitern der Weimarer Demokratie, die eben nicht die Nationalsozialisten verhindert hatte. Es wäre wohl unhistorisch, eine gar nicht antizipierbare Entwicklung von Männern zu erwarten, die, wie Helmut

James Graf von Moltke es einmal formuliert hat, sich angesichts der moralischen Katastrophe erst einmal grundlegende Gedanken darüber machen mussten, wie „das Bild des Menschen in den Herzen unserer Mitbürger [wieder] aufgerichtet werden“ kann.¹

Doch die Diskussion ging weiter: Die Denkstrukturen der Männer des 20. Juli wurden genauer betrachtet und dabei glaubte man bisweilen beachtliche Schnittmengen mit den politischen Auffassungen der Nationalsozialisten zu finden. Der zivile Arm der Verschwörung des 20. Juli 1944, Carl Friedrich Goerdeler, etwa geriet so in die Schusslinie als schlimmer Nationalist und sogar als Antisemit. Dabei wurde übersehen, dass dieser angebliche Antisemit im Widerstand als Oberbürgermeister von Leipzig hatte demissionieren müssen, weil er sich 1936 vehement gegen die Entfernung des Mendelssohn-Bartholdy-Denkmal gewehrt hatte, das die Nationalsozialisten wegen dessen jüdischer Abstammung unbedingt aus dem Straßenbild entfernt wissen wollten. Dass auch die Widerständler gleichsam „Kinder ihrer Zeit“ waren, in der der Antijudaismus und der Antisemitismus eben weit verbreitet waren, darauf hat diese Diskussion zweifellos aufmerksam gemacht. Sie einzuordnen in ihre Zeit und aus dieser heraus zu verstehen, ist deshalb die Aufgabe einer Geschichtswissenschaft, die sich nicht als eine Art Staatsanwaltschaft versteht, welche obendrein noch nach aktuellen politischen und moralischen Maßstäben urteilt.

Die Reihe von Vorwürfen und Einwänden gegen den deutschen Widerstand im Allgemeinen und den 20. Juli im Besonderen ließe sich fortsetzen – insbesondere auch an Beispielen der Geschichtsschreibung in der DDR, wo der 20. Juli spätestens seit einem Artikel von Anton Ackermann im „Neuen Deutschland“ vom Dezember 1947 als gescheiterter Versuch zur Erhaltung der imperialistischen Klassenherrschaft abgestempelt wurde. Allenfalls diejenigen Mitverschwörer, die Kontakte auch zur KPD gesucht hatten, gerieten wegen ihrer dadurch bewiesenen Progressivität noch in das Blickfeld der DDR-Historiker. Erst der 40. Jahrestag des Attentats 1984 brach diese ideologisch überformten Sichtweisen auf.

Schon diese wenigen prominenten Beispiele mögen für den Nachweis genügen, dass es die Repräsentanten des deutschen Widerstands schon immer schwer hatten, unumstrittener Teil einer wirklichen historisch-politischen Traditionsbildung in der deutschen Nachkriegszeit zu werden.

II.

Das hat sich bis heute nicht geändert. Und so setzt sich die Debatte fort mit neuen Herausforderungen für Wissenschaft und öffentliches Gedenken: Bei der Erforschung der Verbrechen, die im Rahmen des Russlandfeldzuges nicht nur von den Einsatzgruppen der SS, sondern auch von regulären Wehrmachtseinheiten begangen wurden, sind neuerdings auch die Namen einiger von denen aufgetaucht, die bislang im Grunde nur im Zusammenhang mit dem Widerstand gegen Hitler bekannt waren. Eklatante Widersprüche glauben einige Historiker bei der Rolle feststellen zu können, die etwa Henning von Tresckow oder auch Rudolf Christoph Freiherr von Gersdorff im deutschen Widerstand gespielt hätten. Es lasse sich nämlich nachweisen, dass „sie nicht erst, wie oft behauptet, nach und nach von den Morden der Einsatzgruppen erfahren haben“, sondern „von Anfang an und kontinuierlich informiert [waren], auch über das Ausmaß dieser Aktionen“. Ihr Gewissen habe sich erst sehr allmählich gerührt: „Dass v. Tresckow Initiativen zu

Besatzungsverbrechen entfaltetete, nachdem er bereits bei einem Attentatsversuch auf Hitler im März 1943 sein Leben gewagt hatte und während er nicht zuletzt aus einer moralischen Position heraus das Regime stürzen wollte, passt nicht mit dem Bild der inneren Entwicklung oder Wandlung und dem Bild des reinen Helden zusammen“, so etwa Christian Gerlach.² Johannes Hürter meint gar, dass die Widerständler so lange über das Unrecht hinweggesehen hätten, wie sie glaubten den Russlandfeldzug noch gewinnen zu können. Deshalb müsse man von „einem verzögerten Einsetzen der Moral ausgehen“.³

Leicht erkennbar verbinden sich in dieser Kritik alt bekannte Vorwürfe mit Indizienketten, die aus der zeitgenössischen Aktenüberlieferung der Militärstäbe entwickelt werden. Es sind vor allem Paraphen Tresckows an einzelnen übergeordneten Befehlen und Anordnungen, die zu solch weitgehenden Vorwürfen geführt haben. Paraphen, die über die Tatsache der Kenntnisnahme von Verbrechen, nichts über die innere Einstellung des Paraphierenden sagen können. In der einschlägigen Forschung wird deshalb die Validität der Beweisführung diskutiert und erörtert, ob das Quellenmaterial wirklich so weitgehende Rückschlüsse zulässt.⁴ Johannes Hürter hat, meinem Eindruck nach, seine Kritik mittlerweile zumindest sprachlich modifiziert, wie ein von der Forschungsgemeinschaft 20. Juli herausgegebener Sammelband zeigt.⁵ Insoweit darf wohl davon ausgegangen werden, dass im Laufe der Zeit das entstandene Bild weiter modifiziert werden wird. Das mag vielleicht auch all jene ein wenig beruhigen, die, für mich durchaus verständlich, solche Diskussionen um ihre ermordeten Verwandten nur schwer ertragen können. Die Geschichte ist eine diskursive Wissenschaft: Sie lebt von Thesen und Gegenthesen und sieht sich dabei alleine wissenschaftlicher Erkenntnis verpflichtet. Und dabei spielen immer neue Fragen immer neuer Generationen eine wichtige Rolle – über sie erfolgt schließlich die Aneignung der Vergangenheit für jede Generation neu. Am Ende pendeln die Extreme sich dabei zumeist ein und es stellt sich ein Zugewinn an Erkenntnis/Verständnis ein.

Für unsere Zeit neu und in ihrer Radikalität allerdings ungewöhnlich sind, meine ich, zwei Entwicklungen:

1) die zunehmende und weitgehende Infragestellung der Zeitzugegenüberlieferung zum 20. Juli, die gegenüber dem zeitgenössischen, schriftlichen Material dem Generalverdacht des Erinnerungsrirtums oder aber der interessegeleiteten Falschaussage ausgesetzt wird. Während der Historiker Max Braubach in den 1950er Jahren die Zeitzugegenüberlieferung noch als „sehr brauchbar“ einstufte⁶, wird heute das, was in der schriftlichen Überlieferung zu finden ist, und sei es selbst in einem Gestapoverhörprotokoll, gleichsam generell als zuverlässigere Information angesehen als die Erinnerung des Zeitzugegen. Diese Skepsis fußt auf manch einem – eigentlich nicht sonderlich erstaunlichen – Erinnerungsrirtum, der in der Zeitzugegenüberlieferung festgestellt wurde, zugleich aber ist sie auch eine Folge der modernen medizinischen Gedächtnisforschung, die immer genauer nachweist, wie sehr uns – durchaus unbewusst! – unser Gedächtnis trügen kann. Bei einigen Autoren fallen diese Momente zusammen mit einem Trend in der Geschichtsforschung, der in zunehmendem Maße die Erfassung der vergangenen Wirklichkeit durch den Historiker, von der „Wahrheit“ ganz zu schweigen, in Frage stellt, unser Bild von der Geschichte als durchweg „konstruiert“ ansieht.

2) und mit Letzterem in enger Verbindung stehend, wird die traditionelle Motivforschung, die aus dem Verhalten der Menschen, aus Urteilen anderer, aus Selbstzeugnissen und dergleichen mehr ihre Argumentationskraft schöpft, zunehmend als spekulativ und daher fast schon als unwissenschaftlich betrachtet. Demgegenüber wird empfohlen, nur aus dem nachweislichen, tatsächlichen Handeln der Menschen auf ihre Motive zu schließen.

Solche Skepsis, solche Einwände treffen die Widerstandsforschung in besonderer Weise. Ohne Zeitzeugenüberlieferung lässt sich, das weiß jeder, der sich auf die Erforschung der Widerstandsgeschichte eingelassen hat, keine Widerstandsforschung betreiben! Denn naturgemäß kann es in der Regel keine valide zeitgenössische schriftliche Überlieferung zum Widerstandsgeschehen geben: Der Widerständler, der seine Motivation, seine Handlungen und Entscheidungen im Widerstand schriftlich niedergelegt hätte, wäre in der totalitären Diktatur des Dritten Reiches ein unkalkulierbares Risiko eingegangen, hätte nicht nur sich, sondern auch andere unverantwortlich gefährdet. Es können daher neben den Verfolgungsakten mit all ihren quellenkritischen Problemen nur Spuren schriftlicher Überlieferung sein, die wir zeitnah zum Geschehen finden können. Wer den als Soldat scheinbar loyal agierenden Henning von Tresckow in den überlieferten Quellen gut dokumentieren kann, braucht sich nicht wundern, wenn ihm Gleiches auf der Ebene des Widerständlers nur beschränkt oder gar nicht gelingt. Diese Diskrepanz in der Überlieferung kann deshalb kein Beweis für die Nichtexistenz der Bemühungen des Widerstandes sein. Doch auch dies wird allerdings von einzelnen mittlerweile ernsthaft erwogen: So hat Karl Heinz Roth z.B. bereits angesichts der schwierigen Quellenlage die Frage aufgeworfen, ob die dem Attentat vom 20. Juli 1944 vorgelagerten Versuche, Hitler zu töten, entweder bei dessen Besuch der Heeresgruppe Mitte in Smolensk am 13. März 1943 oder aber bei dessen Kurzvisite in der Beutewaffenausstellung in Berlin am 21. März 1943 vielleicht nichts weiter als Produkte einer blühenden Phantasie von Offizieren gewesen seien, die sich nach dem Ende des Krieges als Widerständler hätten aufspielen wollen.⁷ Auch diese These konnte mittlerweile durch einen glücklichen Tagebuchfund von Gerhard Ringshausen widerlegt werden, einen Fund, der aus zeitgenössischen schriftlichen Quellen eben diesen Attentatsversuch belegt. Ebenso hat Peter Hoffmann die Quellengrundlage durch weitere Funde erweitert. Hier wird deutlich, wie wichtig Quellenkritik für den Widerstandshistoriker ist: Zeitzeugenüberlieferung ist gewiss eine besondere Quelle, aber letztlich doch nicht mehr und nicht weniger als eben eine weitere historische Quelle, die er genau so quellenkritisch zu beurteilen hat, wie auf der anderen Seite schriftliche Überlieferung.⁸

Ebenso problematisch wie die moderne Zurückweisung der Zeitzeugenüberlieferung ist meiner Meinung nach auch die Zurückweisung der Motivforschung traditioneller Art. Zunächst und vor allem muss sich derjenige, der Motive nur aus den feststellbaren Fakten, aus dem konkreten Handeln der Menschen ableiten will, dem altbekannten epistemologischen Problem der Geschichtswissenschaft stellen, dass eben nicht alle Fakten der vergangenen Wirklichkeit überliefert sind und der Historiker folglich zwangsläufig immer wieder auf Lücken in der Überlieferung stößt. Wer diese Lücken durch Indizienketten, Kausalitäten oder logische Schlussfolgerungen schließen will, bleibt gebunden an die Grundsätze des historischen Arbeitens: Er muss sicher Gewusstes, von Wahrscheinlichem und Denkmöglichem unterscheiden. Hier liegt meiner Ansicht nach ein erster Schwachpunkt dieser Argumentation: leicht nämlich wird aus einer Indizienkette, die

allenfalls eine Möglichkeit des historischen Geschehens aufzeigt, nur wenige Seiten später eine Wahrscheinlichkeit und am Ende eine historische Gewissheit, auf der weitere Indizienketten aufgebaut werden. So logisch und folgerichtig jede einzelne Schlussfolgerung scheinen mag, so problematisch stellt sich ein solches Verfahren erkenntnistheoretisch dar.

Eine zweite Überlegung scheint mir darüber hinaus noch wichtiger: Wer aus dem konkreten Handeln der Menschen auf ihre Motive rückschließen will, der bleibt nach den Maßstäben klassischer, quellengestützter hermeneutischer Arbeit verpflichtet, die Rahmenbedingungen dieses Handelns zu berücksichtigen. Was aber waren die Rahmenbedingungen des konkreten Handelns der Widerständler, etwa vom 20. Juli 1944?

Der Nationalsozialismus hat zu keinem Zeitpunkt auch nur den geringsten Zweifel darüber aufkommen lassen, dass er sich nicht als eine beliebige Weltanschauung verstand, sondern vielmehr eine totale Erfassung des Menschen anstrebte, und zwar wenn nötig mit brutaler Gewalt. Auch wenn wir in den vergangenen Jahren durch die moderne Gestapo- und Wehrmachtsforschung gelernt haben, dass sich viel Legendenhaftes um diese Exekutivorgane bis heute rankt und etwa die Geheimpolizei des Dritten Reiches bei weitem nicht so allwissend und allmächtig war, wie viele nach 1945 glauben machen wollten, so kann doch gar kein Zweifel daran bestehen, dass Gewalttätigkeit und rücksichtsloser Konformitätsdruck von Anfang an das Kennzeichen dieses Regimes waren, das auf Einschüchterung durch rohe, körperliche Gewalt, durch Entwürdigung ihrer Gegner, durch Folter und Terror, ja durch staatlichen Mord setzte. Diese Realität bestimmte das Verhalten der Menschen, sie formte das Bewusstsein, ständig überwacht zu sein und sich um der eigenen Sicherheit willen anpassen zu müssen. Nicht nur, aber auch deshalb war der Widerstand in Deutschland immer ein Widerstand ohne Volk, ein Widerstand, der die Denunziation des Nachbarn zu fürchten hatte, der sich nach außen loyal und anpassungswillig zeigen musste, um überhaupt existieren zu können. Anders als in Frankreich etwa gab es ja in Deutschland kein „Maquis“, kein unwegsames Gelände, aus dem heraus der Widerstand hätte geführt werden können, sondern er musste sich notgedrungen aus der Lebenswirklichkeit heraus entfalten. Nur vor dem Hintergrund dieser allgegenwärtigen existentiellen Bedrohung, die die Menschen, wie der tschechische Widerstandskämpfer Vaclav Havel einmal formuliert hat, zu einem „Leben in der Lüge“ zwang, lässt sich widerständiges Verhalten in einer Diktatur richtig einordnen und verstehen.⁹

Und welche Elemente bestimmten das Handeln der Menschen im Krieg, insbesondere in dem weltanschaulichen Vernichtungskrieg, wie er im Osten seit Juni 1941 geführt wurde? Die moderne Wehrmachtsforschung hat in der Tat den Verdienst, auf das Exzeptionelle dieses Krieges, seinen totalen, weder Freund noch Feind schonenden Charakter hingewiesen zu haben. Durch sie wissen wir, dass im Osten die Kampfkompanien im Durchschnitt alle zwei bis drei Wochen einen neuen Kompaniechef erhalten mussten, weil der letzte nach dieser Zeit „statistisch“ bereits im Kampf gefallen war. Ein Bataillonskommandeur hatte statistisch etwa 30 Tage zu leben.¹⁰ Dies wirft ein Schlaglicht auf die Lebens- und Überlebenssituation jener Menschen, die unter einem solchen physischen und psychischen Druck dann auch noch versucht haben, das Grundübel dieser ganzen Misere, Adolf Hitler, zu bekämpfen und für ein neues, antinationalsozialistisches Deutschland einzutreten. Man kann den deutschen Widerstand nicht abgekoppelt von seinen Rahmenbedingungen und der historischen Realität sehen, in der er stattfindet

musste. Der Soldat Henning von Tresckow hatte, dies ist oft genug betont worden, wahrlich mit sich zu ringen und musste seine ganze Sozialisation als Soldat ablegen, um den Entschluss zum Attentat fassen zu können. Er musste dabei aber auch in diesem nerven- und kräfteaufreibenden Vernichtungskrieg sein Leben und das seiner Soldaten erhalten, und er musste in höchstem Maße vorsichtig sein, damit die Umsturzpläne nicht den Verfolgungsorganen des Dritten Reiches bekannt wurden. Diese Lebensrealität muss der Historiker, davon bin ich überzeugt, angemessen berücksichtigen, auch wenn er über Fehler und Schwächen, die sich als Möglichkeit aus den Quellen anzudeuten scheinen, nachdenkt.

III.

Aber können uns diese methodischen Überlegungen wirklich beruhigen? Die viel grundsätzlichere Frage drängt sich doch auf, woher eigentlich diese immer neuen Anwürfe gegen den Widerstand kommen, warum es offenbar so schwer fällt, diese exzeptionelle Haltung zu würdigen.

Wer auf diese Frage eine Antwort sucht, der wird, meine ich, nicht umhin können, die Bilder, die wir uns vom 20. Juli machen, insbesondere an Gedenktagen wie diesen, kritisch zu beleuchten.

Allzu leicht geht in unseren Sonntagsreden zum Widerstand gegen den Nationalsozialismus verloren, was den eigentlichen Kern des Gedenkens ausmacht, was vor allem der Bezugspunkt für die Bewertung widerständigen Handelns sein muss. Der Bezugspunkt für den Widerstand ist gewiss nicht das Idealbild des vielzitierten reinen Helden und Heiligen, sondern vielmehr die große Mehrheit der mitjubelnden oder mitlaufenden Gesellschaft des Dritten Reiches. Über die gesellschaftliche Realität des Dritten Reiches aber hat die moderne historische Forschung gerade in den letzten Jahren bemerkenswerte Erkenntnisse gewonnen. Der Nationalsozialismus profitierte nicht wenig von den langfristigen Prägungen der deutschen Gesellschaft, die durch den Ersten Weltkrieg, die Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts, ausgelöst worden sind. Die enthemmenden und entmenschlichenden Folgen dieses ersten „totalen Krieges“ auf die Gesellschaft der 1920er Jahre und hier insbesondere auf die Front- wie auch die Kriegsjugendgeneration sind wohl kaum zu überschätzen. Front- wie Kriegsjugendgeneration bildeten eine tatbereite nationalistische Rechte aus, die das „deutsche Volkstum“ gegenüber dem „Versailler System“ überhöhte und in der radikalen Abwendung von allen humanen Prinzipien gesellschaftlichen und politischen Zusammenlebens die einzige Möglichkeit sah, diesem vergötterten Volkstum zum Durchbruch zu verhelfen. Für dieses politische Ziel wurde Härte als Tugend stilisiert. Kein Preis schien diesen Generationen zu hoch, um Einheit und Gemeinschaft des Volkes zu sichern.¹¹

Diese Folgewirkungen des großen Krieges in Deutschland passten sich geradezu nahtlos ein in das politische Konzept der Nationalsozialisten, das ja selbst zu beträchtlichen Teilen Folge des ersten Krieges war. Dieses Konzept offerierte die Volksgemeinschaft mystisch überhöht als das einzige Rettung bringende Rezept, mit dem der Wiederaufstieg Deutschlands aus aller Schmach und Schande gelingen sollte. „Du bist nichts, Dein Volk ist alles“, hieß das Schlagwort, das mehr als ein Schlagwort sein sollte. Hitler selbst sprach von dieser Volksgemeinschaft als einem Heiligtum. Die moderne, von der Sozialpsychologie inspirierte Forschung erklärt uns, wie diese Volksgemeinschaft erreicht werden sollte. Es ist ein längerfristiger, gestufter Prozess, dessen Ausgangspunkt stets die Veränderung des

gesellschaftlichen „Referenzrahmens“ ist. Das heißt nichts weniger, als dass Wertstrukturen verändert werden müssen, Gut und Böse muss neu definiert werden. Ein dem neuen Wertgefüge angepasstes Verhalten wird belohnt, abweichendes sanktioniert. Genau das passierte im Nationalsozialismus, indem die aus der Volksgemeinschaft Ausgestoßenen unablässig öffentlich stigmatisiert wurden, der Umgang mit ihnen verboten wurde, ja diejenigen belohnt wurden, die im Alltag z.B. die propagierte Judenfeindschaft zu leben begannen. Man denke etwa an die Ausschreitungen schon während des Polenfeldzuges, die, obwohl sie gegen das geltende Recht verstießen, nicht geahndet wurden, ja nicht selten erfuhren die Täter kurze Zeit danach sogar noch Belobigungen und Beförderungen. Je mehr es wurden, die diese neuen Wertstrukturen annahmen, desto weniger Menschen wollten sich aus dieser neuen Wertegemeinschaft ausgeschlossen wissen, desto mehr waren bereit, anfänglich kleine Kompromisse, vielleicht allmählich immer mehr Kompromisse mit diesem neuen Zeitgeist zu machen, der doch offensichtlich so erfolgreich war und eine lange Lebensdauer zu haben schien, jedenfalls konnte dies bis 1941/42 so aussehen.¹²

Wenn diese Wirkungen des Ersten Weltkrieges richtig analysiert sind und diese sozialpsychologisch-historischen Deutungen zutreffen, dann wirft dies wieder ein ganz neues Licht auf die wenigen, die sich all dem widersetzt haben. Vor dem Hintergrund der großen Mehrheit derjenigen, die menschlich verroht aus dem großen Krieg zurückkehrten, die gierig nach Karrierechancen ganz gleich um welchen Preis suchten, die willig, verführt, gleichgültig oder sonst wie sich allmählich dem neuen Wertgefüge anpassten und dadurch zu Tätern, Mitläufern, Zuschauern oder auch „nur“ „Wegsehern“ wurden, treten Menschen im Widerstand aus der großen Masse als jene heraus, die nicht mehr bereit sind, die Umwertung der Werte mitzuvollziehen, die auf angebotene Karrieren verzichten, die aus der doch so außerordentlich bequemen, verführerischen Loyalität oder Passivität ausschieden, die, wie die militärischen Widerständler, sogar mit ihrer ganzen beruflichen Sozialisationen gebrochen haben, weil sie die Lüge einfach nicht mehr ertragen wollten. Und sie taten das ohne wirkliche Aussicht auf Erfolg, ohne Hoffnung, dass ihr Wagemut jemals Beifall finden könnte, dass man ihnen wenigstens dereinst ein Denkmal errichten würde oder wir heute hier sitzen, um ihrer zu gedenken, vielmehr um den Preis der völligen Einsamkeit inmitten einer begeisterten Masse, um den Preis des eigenen Lebens, sogar um den Preis der Gefährdung der eigenen Familie.

Die große, zustimmende oder mitlaufende Mehrheit muss also der Bezugspunkt für die Einordnung des deutschen Widerstands sein, nicht ein irgendwie idealistisch überhöhtes Heroenbild.

Genau so, als Helden und Heilige, werden die Widerständler aber bis heute in Hollywoodverfilmungen oder Gedenkreden oft genug vorgestellt und damit auch ein Stück weit verzerrt. Wenn Gerhard Ritter in den 1950er Jahren seine große und bis heute immer noch gerne zitierte Goerdeler-Biographie bewusst als „politisch-moralische Stellungnahme“ formulierte und der befreundeten Familie ein Denkmal setzen wollte, so ist dies aus dem Zeitgeschehen heraus und Ritters Wunsch, den deutschen Nationalstaat moralisch zu retten, zu verstehen, heute jedoch so kaum mehr hinnehmbar.¹³ Wenn wir heute zur Genüge wissen, dass das NS-Regime ein verbrecherisches Regime und der Zweite Weltkrieg ein verbrecherischer Weltanschauungs- und Vernichtungskrieg war, so ist es geradezu abwegig zu glauben, es hätte im Krieg Soldaten geben können, die sich von einer wie auch immer gearteten Mitverantwortung für diese deutsche Katastrophe völlig hätten

freimachen können. Entscheidend ist in diesem Zusammenhang die Wendung der Widerständler, ihre Rückkehr zu jenen humanen Wertkategorien, vor allem zu Freiheit und Recht, modern gesprochen zu Menschen- und Bürgerrechten: Genau diese unter Existenzbedrohung gefällte Entscheidung, sie gilt es zu würdigen, ohne freilich das Verstricktsein der Widerständler in ihre Zeit zu leugnen. Das zutiefst verletzte Recht, die angegriffene Menschenwürde, die Zerstörung der bürgerlichen Freiheiten und die Pervertierung der staatlichen Gewalt: Sie waren das Motiv für das Wagnis der Widerständler, sie waren das Ziel ihrer Bemühungen – man denke in diesem Zusammenhang nur an die überlieferten Filmaufnahmen zu den Volksgerichtshofprozessen über den 20. Juli – Aufnahmen mit großer Überzeugungskraft, die in der wissenschaftlichen Diskussion meinem Eindruck nach immer wieder vergessen oder nur unzulänglich gewürdigt werden. Den einen traf dieser „Anruf des Gewissens“, wie unmittelbar nach dem Kriege vielleicht etwas pathetisch formuliert wurde, früher, den anderen später, den einen schuldbeladener als den anderen, den einen unvermittelt, den anderen nach zähem inneren Ringen – für all das gibt es Beispiele.

Angesichts der neuen Herausforderungen für das Gedenken und vor diesem Hintergrund zeigt sich einmal mehr, wie klug gewählt das Konzept der Gedenkstätte Deutscher Widerstand schon vor vielen Jahren war. Ein Konzept, das nicht womöglich tagespolitisch genehme Heroen im Widerstand der Öffentlichkeit präsentieren will, sondern den Menschen im Widerstand, in einer existentiellen Extremsituation, ganz gleich welcher politischen, konfessionellen oder sonstigen Herkunft er war.

Es gibt Belege dafür, dass auch die Widerständler sich selbst und ihre Lage genau so einschätzten, an alles andere dachten, denn daran, sich selbst durch ihr Handeln den Status eines makellosen Widerständlers noch zu verschaffen. „Sind wir noch brauchbar?“ hat der mitverschworene Dietrich Bonhoeffer an der Jahreswende 1943 in der erhalten gebliebenen Schrift „Nach zehn Jahren“ seine Freunde im Widerstand gefragt. „Wir sind stumme Zeugen böser Taten gewesen, wir sind mit vielen Wassern gewaschen, wir haben die Künste der Verstellung und mehrdeutigen Rede gelernt, wir sind durch Erfahrung misstrauisch gegen die Menschen geworden und mussten ihnen die Wahrheit und das freie Wort oft schuldig bleiben, wir sind durch unerträgliche Konflikte mürbe oder vielleicht sogar zynisch geworden – sind wir noch brauchbar?“¹⁴

Es ist der Verdienst Peter Steinbachs, jüngst auf eine leider fast vergessene, ganz frühe Gedenkrede zum 20. Juli von Reinhold Schneider aufmerksam gemacht zu haben, von der wir aus Briefen wissen, dass sie den damals noch lebenden Mitverschwörern oder ihren nächsten Angehörigen aus dem Herzen sprach. „Wir haben nicht die Absicht, der entsetzlichen Tatsache auszuweichen, daß der Schatten der Schuld und Mitschuld auf Männer dieser Haltung fiel und fallen musste; und doch war es echtes Menschentum, das in ihnen sich empörte und wiederfand. Viele unter ihnen hatten geholfen, den Mächtigen zu stärken, ihn mit der fragwürdigen Gloriole seiner Siege zu schmücken; nun erhoben sie sich gegen ihn, gegen ihr eigenes Werk. Was der Mut dieser Freiheit gilt vor Gott, wie stark in dem einen oder anderen die Bereitschaft zur Sühne war, wissen wir nicht. Aber dieser Mut ist für uns doch ein Anfang, der uns ehrwürdig bleibt. ... Wir alle stehen und standen in der Gefangenschaft der Schuld“, formulierte er 1947.¹⁵

Der badische Schriftsteller, selbst in der NS-Zeit mit Schreibverbot belegt, sah in dieser Rückkehr zu den humanen Werten unter Lebensgefahr nicht nur den Kern des Widerstandes in der NS-Zeit, sondern zugleich auch einen Auftrag für die Überlebenden. „Das Böse ist immer ganz nahe; heute und morgen kann es wieder hervorbrechen in einer überraschenden, noch nicht zu bezeichnenden Gestalt“. Deswegen müsse man „sich verbünden“, um der Wahrheit und des Rechts willen. Er spricht von der Fähigkeit, sich „empören“ zu können gegen die Verletzung der Würde des Menschen und immer wieder vom ewigen Recht, das als höchstes Gut zu erhalten sei, von Frieden und Freiheit, die gegen alle Anfechtungen verteidigt werden müssten, damit nie wieder die Gewissen wie bei den Widerständlern im Dritten Reich auf so entsetzliche Weise vergewaltigt würden.¹⁶

Diese zeitlich noch so nahe am Geschehen stehende Analyse hat nichts von ihrer Aktualität verloren und beschreibt die Bedeutung des historischen Phänomens auch für uns heute noch zutreffend: Sie verlangt die ganze Geschichte des Widerstands zu erzählen, die immer und notwendigerweise integraler Bestandteil auch der Geschichte des Dritten Reiches ist, und fordert auf, dennoch nicht das Exceptionelle und Erinnerungswürdige des Widerstands zu vergessen. Wer in dieser Weise des 20. Juli 1944 gedenkt, dessen Gedenken, so glaube ich, hat Zukunft, der kann den kritischen Fragen, die jede neue Generation unweigerlich stellen wird, ja vielleicht auch stellen muss, ruhig entgegensehen, denn die Faszination des menschlichen Beispiels wird weiterleben.

¹ Brief an Lionel Curtis, Mai 1942, Abdruck in: Lipgens, Walter (Bearb.), Europa-Föderationspläne der Widerstandsbewegungen 1940–1945. Eine Dokumentation, München 1968, S. 128–130, hier S. 130.

² Gerlach, Christian, Hitlergegner bei der Heeresgruppe Mitte und die „verbrecherischen Befehle“, in: NS-Verbrechen und der militärische Widerstand gegen Hitler, hrsg. v. G.R. Ueberschär, Darmstadt 2000, S. 61–76, hier S. 70.

³ Hürter, Johannes, Auf dem Weg zur Militäropposition. Tresckow, Gersdorff, der Vernichtungskrieg und der Judenmord. Neue Dokumente über das Verhältnis der Heeresgruppe Mitte zur Einsatzgruppe B im Jahre 1941, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 52 (2004), S. 527–562, hier S. 543, 549.

⁴ Heinemann, Winfried, Kriegsführung und militärischer Widerstand im Bereich der Heeresgruppe Mitte an der Ostfront, in: NS-Verbrechen und der militärische Widerstand gegen Hitler, hrsg. v. G.R. Ueberschär, Darmstadt 2000, S. 77–89; Ringshausen, Gerhard, Der Aussagewert von Paraphen und der Handlungsspielraum des militärischen Widerstands. Zu Johannes Hürter: Auf dem Weg zur Militäropposition, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 53 (2005), S. 141–147.

⁵ Hürter, Johannes, Militäropposition und Judenmord bei der Heeresgruppe Mitte im Sommer und Herbst 1941, in: Becker, Manuel, Löttel, Holger, Studt, Christoph (Hrsg.), Der militärische Widerstand gegen Hitler im Lichte neuer Kontroversen. XXI. Königswinterer Tagung vom 22.-24. Februar 2008 (Schriftenreihe der Forschungsgemeinschaft 20. Juli 1944 e.V. 12), Berlin 2010, S. 135–151. Siehe demgegenüber jedoch die erneute scharfe Positionierung gegenüber G. Gillessen, beide in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 58 (2010), S. 365–386 bzw. S. 387–391.

⁶ Brauchbach, Max, Der Weg zum 20. Juli 1944. Ein Forschungsbericht, Köln 1953, S. 6.

⁷ Roth, Karl Heinz, Von der Offiziersopposition zur Aktionsgruppe des 20. Juli, in: Rote Kapellen – Kreisauer Kreis – Schwarze Kapellen. Neue Sichtweisen auf den Widerstand gegen die NS-Diktatur 1938–1945, hrsg. v. A. Ebbinghaus, K.H. Roth, Hamburg 2004, S. 136.

⁸ S. Ringshausen, Gerhard, Kuriergepäck und Pistolen. Neue Quellen zu den Attentatsplänen in der Heeresgruppe Mitte im März 1943, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 56 (2008), S. 415–430. Siehe auch Hoffmann, Peter, Oberst i.G. Henning von Tresckow und die Staatsstreichpläne im Jahr 1943, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 55 (2007), S. 331–364.

⁹ Vgl. Hürten, Heinz, Widerstand in Deutschland, in: Widerstand in Europa, hrsg. v. M. Kißener, H.-H. Brandt, W. Altgeld (Karlsruher Beiträge zur Geschichte des Nationalsozialismus 1), Konstanz 1995, S. 15–23.

¹⁰ Hartmann, Christian, Verbrecherischer Krieg – verbrecherische Wehrmacht? Überlegungen zur Struktur des deutschen Ostheeres 1941–1944, in: VfZG 52 (2004), S. 1–75, hier S. 18.

¹¹ Vgl. etwa Herbert, Ulrich, Wer waren die Nationalsozialisten? Typologien des politischen Verhaltens im NS-Staat, in: Karrieren im Nationalsozialismus. Funktionselementen zwischen Mitwirkung und Distanz, hrsg. v. G. Hirschfeld, T. Jersak, Frankfurt/Main, New York 2004, S. 17–42, Gerlach, Christian, Kalkulierte Morde. Die deutsche Wirtschafts- und Vernichtungspolitik in Weißrussland 1941–1944, Hamburg 1999. S.a. Kretschmann, Carsten, Generation und politische Kultur in der Weimarer Republik (Pforzheimer Gespräche Bd. 4), Hamburg 1999, S. 11f.

¹² S. u.a. Welzer, Harald, Täter. Wie aus ganz normalen Menschen Massenmörder werden. Frankfurt/Main 2007, Wildt, Michael, Geschichte des Nationalsozialismus, Göttingen 2008, Ders., Volksgemeinschaft als Selbstermächtigung. Gewalt gegen Juden in der deutschen Provinz 1919 bis 1939, Hamburg 2007.

¹³ Ritter, Gerhard, Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung, Stuttgart 1956, S. 7,10.

¹⁴ Bonhoeffer, Dietrich, Rechenschaft an der Wende zum Jahr 1943: Nach zehn Jahren, in: Dietrich Bonhoeffer. Widerstand und Ergebung. Briefe und Aufzeichnungen aus der Haft, 17. Aufl. Gütersloh 2002, S. 9–26, hier S. 25.

¹⁵ Stadie, Babette (Hrsg.), Die Macht der Wahrheit. Reinhold Schneiders „Gedenkwort zum 20. Juli“ in Reaktionen von Hinterbliebenen des Widerstandes, Berlin 2008, S. 206–227, hier S. 214f.

¹⁶ Ebd. S. 225.